

**Włodzimierz Brus: Sozialisierung und politisches System.** Aus dem Polnischen übersetzt von Edda Werfel. (edition suhrkamp, Bd 801.) Suhrkamp Verlag. Frankfurt/M. 1975. 246 S.

In seinem neuesten, in der Emigration verfaßten Buch untersucht Włodzimierz Brus unter wichtigen sozial-ökonomischen Fragestellungen die einzelnen Strukturelemente des in Osteuropa realisierten politischen und gesellschaftlichen Systems. Er knüpft dabei unmittelbar an seine früheren Forschungen zum Funktionssystem der sozialistischen Wirtschaft an, durch die er weithin Aufmerksamkeit und Berühmtheit erlangt hat. Ausgangspunkt dieses Buches ist die weiterführende zentrale Frage, in welchem Verhältnis „staatliches“ („öffentliches“) und „gesellschaftliches“ Eigentum in den osteuropäischen Ländern zueinander stehen. Nach sorgfältigen Analysen lautet das Ergebnis: Das öffentliche Eigentum in Osteuropa trägt weder ökonomisch noch politisch die Merkmale gesellschaftlichen Eigentums; das von der offiziellen Lehre behauptete „gesellschaftliche Produktionsmitteleigentum“ ist eine Fiktion. Das als „sozialistisch“ deklarierte Eigentum an den Produktionsmitteln ist im Marx'schen Sinne seinem Wesen nach nichts anderes als „privates“ Eigentum. Damit sind auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern eindeutig bestimmt.

Die auf der Grundlage des Marx'schen historischen Materialismus erfolgte Untersuchung ist in drei Teile gegliedert. Im ersten werden prinzipielle theoretische Probleme auf der Basis einer weitgehenden Rekonstruktion der geschichtlichen Praxis dargestellt. Im zweiten Teil prüft B. unter Einbeziehung umfangreichen konkreten historischen Materials die Frage, ob die Systemkorrekturen, die in der nachstalinischen Periode erfolgt sind, eine Modifizierung der grundsätzlichen Ergebnisse zulassen. Die Verhältnisse in Polen werden hier vor allem als Basis der Verallgemeinerungen verwendet. Im dritten Teil gibt B. einen Ausblick auf mögliche Weiterentwicklungen der Vergesellschaftung in den sowjet-sozialistischen Ländern. Dabei dient eine komprimierte Analyse des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems als Kontrast zur Darstellung des sowjetischen etatistischen Sozialismus-Modells.

Die wichtigsten Schritte der theoretischen Argumentation von B. werden im folgenden kurz zusammengefaßt. Für das öffentliche Eigentum sind ganz spezifische inhaltliche Merkmale zu fordern, um dieses als „gesellschaftlich“ qualifizieren zu können. Ausgangspunkt der theoretischen Ableitungen ist zunächst die allgemeine Definition eines jeden Produktionsmitteleigentums als „gesellschaftliche Beziehung, die sich durch das Verhältnis der Menschen zu den Dingen im Produktionsprozeß realisiert“. Um nun die gesellschaftliche Beziehung, das gesellschaftliche Verhältnis in Osteuropa aufdecken zu können, ist der Inhalt der Eigentumsformen in diesen Ländern zu bestimmen. Zu diesem Zweck wird die Ausgangsdefinition konkretisiert: Eigentum im ökonomischen Sinne ist die „faktische und relativ stabile Verfügung über die Produktionsmittel und Produktionsergebnisse durch den Eigentümer in dessen Interesse“. Gesellschaftliches Eigentum hat demnach zwei Kriterien zu erfüllen: 1. Die Produktionsmittel werden im Interesse der Gesellschaft genutzt, und die Ergebnisse werden gesamtgesellschaftlich angeeignet, und 2. der effektive Disponent der Produktionsmittel und des Produktes ist die Gesellschaft. Wichtig ist nun die Feststellung, daß gesellschaftliches Eigentum ohne das Element des „gesellschaftlichen Interesses“ nicht näher bestimmt werden kann. Das bedeutet aber, daß die Frage nach der Verfügung über die Produktionsmittel und die Produktionsergebnisse durch die Gesellschaft in ihrem Interesse ohne eine

aktive Rolle der Gesellschaft im Prozeß der ökonomischen Entscheidungen verneint werden müßte. Dies heißt mit anderen Worten, daß die Gesellschaft in den osteuropäischen Ländern faktisch nur dann über die Produktionsmittel und die Resultate verfügt, wenn das politische System die Unterordnung des Staates unter den Willen der Gesellschaft gewährleistet. Das ganze Gewicht des Vergesellschaftungsproblems verlagert sich so auf die politische Ebene. Die Untersuchung von B. führt entsprechend zwangsläufig zur Frage nach der Demokratisierung der Gesellschaft, der Art der Verbindung von Staat und Gesellschaft. Sie steht im Mittelpunkt der weiteren Analyse des Bandes.

B. gelingt es nicht, weder in der Wirtschaft noch im politischen System, Elemente zu finden, die es berechtigt erscheinen lassen, dem Produktionsmitteleigentum in den osteuropäischen Ländern den Namen „gesellschaftliches Eigentum“ zu geben. Die Kriterien des gesellschaftlichen Eigentums („Volkseigentums“) sind nicht erfüllt. Einerseits beherrscht der Staat, in dessen Händen die Produktionsmittel unmittelbar konzentriert sind und der in allen Bereichen des Wirtschaftslebens Monopolstellungen oder nahezu Monopolstellungen einnimmt, die Mitglieder der Gesellschaft in ihrer Rolle als Arbeiter wie als Konsumenten. Andererseits hat sich, auf das öffentliche Eigentum gestützt, eine „in der Geschichte wohl mächtigste besondere Maschine der staatlichen Machtausübung“ völlig der politischen Kontrolle der Gesellschaft entzogen.

B. weist nach, wie das zentralistische Wirtschaftsmonopol und die totale Diktatur, unter Stalin eingeführt und in der nachstalinischen Periode im wesentlichen beibehalten, miteinander verkoppelt und auf einen mächtigen Gewaltapparat gestützt sind. Diktatur — die ökonomische und politische Herrschaft nicht „der Vielen über die Wenigen“, sondern einer personell sehr kleinen (Partei-)Gruppe über die Vielen, das Volk — und „gesellschaftliches“ Eigentum schließen sich aus. Das staatliche oder öffentliche Eigentum wird entsprechend seinem Wesen zu einer Form privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Das Fazit des Buches stimmt doppelt pessimistisch: Im Interesse der Machtausübung und Machterhaltung einer kleinen Bevölkerungsgruppe wurden in den sowjet-sozialistischen Ländern der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung die politischen Freiheiten entzogen, zugleich die von Marx auf dem Wege einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel versprochenen ökonomischen und sozialen Freiheiten vorenthalten.

Die Arbeit von B. stellt sowohl für die politikwissenschaftliche als auch ökonomische, soziologische und historische Forschung eines der wichtigsten Bücher der letzten Jahre dar. Sämtliche Ableitungen und Schlußfolgerungen sind außerordentlich sorgfältig überprüft und begründet. Die Vereinfachungen und Entstellungen der offiziellen marxistisch-leninistischen ökonomischen und politischen Theorie werden überzeugend aufgedeckt und in den Bereich der Apologie verwiesen.

Bonn

Gerhard Hahn

**Maria Elisabeth Ruban, Maria Lodahl, Heinrich Machowski, Heinz Vortmann:**  
**Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.**  
 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 108.) Verlag  
 Duncker & Humblot, Berlin 1975. 176 S.

Das Buch untersucht die Entwicklung und die Höhe des Lebensstandards in den osteuropäischen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe einschließlich Albaniens sowie in Jugoslawien. Die Ausführungen konzentrieren sich dabei auf die relevanten Daten der Jahre 1960 bis 1973, die